

Das billige Kerosin und die Flughafenexpansion

Alle fünf Jahre einen Urlaubsflug in die Ferne und fünf Mark für den Liter Benzin? Mit der Note fünf wurden die Bündnisgrünen für derartige Ideen abgestraft. Dabei sind sie, was das Fernfliegen betrifft, noch nicht einmal ökologisch konsequent. Schließt man ganz streng von den Umweltfolgen eines Fernflugs auf dessen ökologische Verträglichkeit, so dürfte jedem Menschen Zeit seines Lebens nur ein einziger Fernflug zugestanden werden.

Das ist keine Absage ans Fernweh. Ein Reiseveranstalter bietet jetzt schon eine Reise um die Welt an - in 75 Tagen per Schiff und Bahn. Wer weniger oft und dafür länger in die Ferne verreist und das auch kann, wenn die Gesellschaft die Arbeitszeit sozialverträglich verkürzt, wird aufs Fliegen verzichten können. Die radikalsten Denker meinen allerdings, wer sich erholen wolle, solle das vor der Haustür tun. Das hätte den Vorteil, daß sich die Leute mehr für eine gesunde Umwelt einsetzen würden.

Nun hat der Massentourismus aber so langsam alle Palmenstrände dieser Welt für sich entdeckt, und - dank des billigen Fliegens - viele Leute, die es

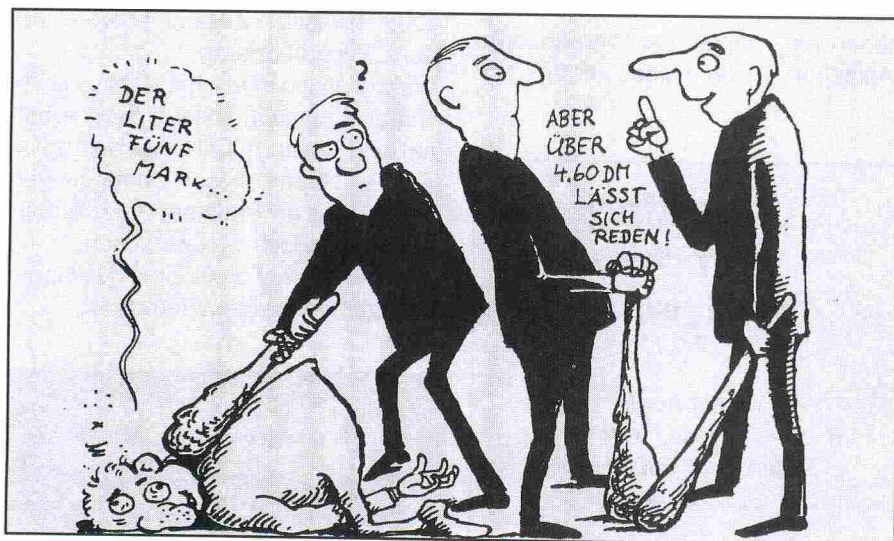
sich leisten können, dorthin verfrachtet. Die Branche sägt damit den Ast ab, auf dem sie sitzt. Wer künftig vernünftig Urlaub machen will, wird das ohnehin mehr und mehr in der näheren Umgebung tun. Fernreisen dagegen sollten weniger mit dem schnellen Tourismus zu tun haben, sondern den Charakter langfristiger Kultur- und Bildungsreisen bekommen, bei denen das „fremde“ Land nicht nur eine exotische Staffage abgibt. Weniger zu fliegen heißt, anders zu leben.

Die ganze Debatte ums Flugbenzin krankt sowieso an einem großen Mißverständnis. Das Kerosin ist nicht deswegen so billig und unverteuert, damit der normale Mensch den letzten Winkel dieser Erde erobern kann. So selbstlos ist keine Industrie. Vielmehr überlegten die kapitalistischen Ölkonzerne, was sie mit ihren milliardenteuren Raffinerien anfangen sollten, als der Bedarf nach sogenannten „schweren“ Ölprodukten zurückging. Also bauten sie Anlagen, um diese schweren Produkte stärker in „leichte“, Benzin und vor allem Kerosin, umzuwandeln. Das billig abgegebene - und von den Ölkonzernen vermutlich intern subventionierte - Produkt Kerosin schuf sich seinen Markt: Die Viel- und Fernfliegerei der Manager und Touristen. Inzwischen ist daraus eine festgefügte gigantische Dreieinigkeit von Öl-, Flug- und Tourismusbranche entstanden - eine durchaus wahlentscheidende, wie derzeit zu besichtigen ist.

Nun wissen wir alle: Der Flugverkehr ist zum Klimakiller Nr. 1 geworden. Man muß aber auch wissen: Die gewerbliche Luftfahrt bezahlt als einziger motorisierter Verkehrsträger keine Steuern auf den verbrannten Treibstoff. Während der Liter Normalbenzin heute ca. 1,55 DM an der Tankstelle kostet, zahlen die Fluggesellschaften pro Liter 50-60 Pfennig. Braucht sich also keiner zu wundern, wenn die Flughäfen immer mehr wachsen wollen und eine Verdoppelung des Flugverkehrs bis zum Jahr 2010 prognostiziert wird.

Die Fluglärm-Beschwerde-Nummer:

(069)
690-22001



**Heraus aus der
Zuschauerdemokratie!
Wir brauchen nicht
nur eine andere
Regierung,
wir brauchen eine
neue Politik!**

**Demonstration
am 20. Juni 1998**

Busse fahren von
Frankfurt, Offenbach
und anderen
Städten des Umlandes.
Auskünfte bei der
„blickpunkt“-Redaktion.

Komplizierte Verhältnisse in der Kommunalpolitik

Nach der Kommunalwahl vor einem Jahr sprach die SPD auch mit der DKP/ Offene Liste über parlamentarische Zusammenarbeit. CDU und Grüne malten daraufhin das Gespenst der „Volksfront“ an die Wand. Diese beiden Parteien waren gleichzeitig daran interessiert, einen eigenen hauptamtlichen Stadtrat, der enorme Kosten verursacht hätte, zu installieren.

Nachdem es nicht gelang, die SPD davon abzubringen, sich auf eine Wahlperiode einzulassen, in der Haushalte mit ihrer relativen Mehrheit bei Stimmenthaltung der DKP/OL das Parlament passieren, daneben aber viele Entscheidungen offen bleiben und wechselnden Mehrheiten unterliegen, haben CDU und Grüne abwechselnd beklagt, die DKP/OL treibe die SPD vor sich her, bestimme den politischen Kurs in unserer Stadt, oder sie sei zu reinen Mehrheitsbeschaffern der SPD verkommen.

Es lohnt sich nicht, darauf zu antworten, die Bürgerinnen und Bürger sind sicherlich gut in der Lage, das Geschehen im und um das Stadtparlament zu beurteilen.

Nach gut einem Jahr ist eine erste Bilanz möglich.

- Die DKP/OL hat mit ihrer Entscheidung einen „3. Stadtrat“ verhindert.
- Die KITA-Gebühren und die Standards beim Mittagessen in den Kindertagesstätten wurden bis ins Jahr 2001 festgeschrieben.
- Es gibt kein Parkdeck am Dalles.
- Die Gewerbesteuer wurde angehoben.

Wesentliche Positionen der DKP/OL sind damit gewahrt und umgesetzt.

Die DKP/OL hat ihre politische Eigenständigkeit und uneingeschränkte Handlungsfähigkeit behalten. Parkgebühren, Erhöhung des Eintritts fürs Schwimmbad, Erhöhung der Musikschul-Beiträge und der Mieten für städ-

tische Räume haben wir abgelehnt; ebenso viele Abstriche im sozialen Bereich.

Wir haben als linke Opposition im Stadtparlament von unseren Möglichkeiten, Mehrheiten zu beeinflussen, sinnvoll Gebrauch gemacht. Wir haben dazu beigetragen, daß die Stadt ihre Handlungsfähigkeit behält und nach der Kommunalwahl für eine „positive Grundstimmung“ gesorgt, indem wir ein langes „Gezerre“ um Koalitionen verhindert und damit einem etwaigen Einstieg der CDU den Boden entzogen haben, ohne der SPD einen „Freibrief“ auszustellen.

Viele Bürgerinnen und Bürger fanden und finden diesen Schritt vernünftig.

Wir verzichten nicht darauf, weiterhin auch mit der SPD grundsätzlich zu streiten und eigene Positionen öffentlich zu vertreten. Wir tun das u.a. mit dem „blickpunkt“, der die Parlamentsarbeit der DKP seit Jahrzehnten wirksam begleitet.

Wir wissen, daß von unseren Vorschlägen und Forderungen noch einiges offen ist. Der Rahmenplan für die Altstadt Mörfelden steht aus, Radwegeplanung/ Fahrradabstellplätze gehen sehr schleppend voran, in Sachen Kulturcafé geht nichts voran, ein Wassersparprogramm ist noch zu entwickeln, die Entwicklung der Gebühren für Wasser und Abwasser, vor allem aber im Abfallbereich machen uns Sorgen. Hier haben wir - neben manchen anderen „Altlasten“ - noch einiges vor uns, vor

**Jede Mark
hilft dem
»blickpunkt«!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

allem, weil der Bürgermeister öfters die Prioritäten anders setzen will, als es das Parlament beschließt.

Nach einem Jahr kann man Probleme besser benennen.

Der Umgang im Parlament ist für uns und für die SPD nicht einfach.

- Wir sind nach wie vor davon überzeugt, daß „linke Opposition notwendig“ ist und handeln entsprechend. Manche Sozialdemokraten wollen das nicht verstehen.
- Bürgermeister Brehl, seit über 20 Jahren im Amt, hat einen starken Durchsetzungsanspruch. Er entwickelt dabei wenig Sensibilität, wenn es um Partner geht, die eine eigene Programmatik und ein eigenes Klientel besitzen.
- Politische Verhältnisse verändern sich schnell. Die Finanznot der Kommunen nimmt rasant zu, die Ausbaupläne des Flughafens können zu unterschiedlichen Einschätzungen führen, die Bundestagswahl wird politische Polarisierung bringen. Andere Probleme können hinzukommen.

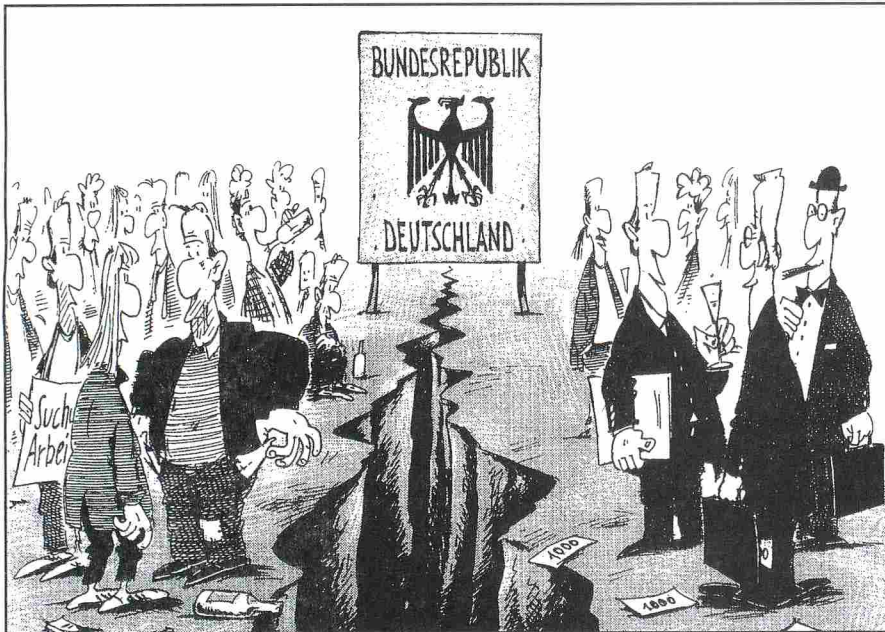
Es ist also heute noch nicht abzusehen, ob der eingeschlagene Weg die nächsten drei Jahre hält.

In Hinblick auf kommende Auseinandersetzungen gilt für uns weiter der Maßstab: „Sozialpolitik muß groß geschrieben werden!“

Wir hoffen, daß sich auch die Grünen an den großen Vorrat an Gemeinsamkeiten mit SPD und DKP erinnern und keine taktische Zusammenarbeit mit der CDU praktizieren.

Wir wollen ein möglichst stabiles links-liberales Klima in unserer Stadt erhalten und unseren Teil dazu beitragen. Auf Grundlage dieser Überlegungen werden wir im Parlament und außerparlamentarisch weiterarbeiten. Wir sind an der Fortsetzung des eingeschlagenen Weges interessiert.

**Der „blickpunkt“
freut sich immer auf
Leserbriefe**



Soll und Haben

Wie ernst es um die städt. Finanzen steht, verdeutlicht der Stadtkämmerer in seinem jüngsten Bericht. In den ersten vier Monaten 1998 ist das Loch im Stadtsäckel merklich größer geworden, und die Zukunftsaussichten sind düsterer. Für 1997 wurde ein Fehlbetrag von 3,5 Mill. DM festgestellt. Mit den im Haushalt 1998 stehenden 2,7 Mill. Miesen addiert sich dies schon auf 6,2 Mill. Mark.

Auch mit sparsamster Haushaltsführung läßt sich ein solcher Fehlbetrag nicht aus der Welt schaffen. Die Finanzmisere, die alle Kommunen, alle öffentlichen Haushalte betrifft, hat Ursachen. Sie sind eindeutig beim Gesetzgeber zu suchen. Man braucht nach Berichten und Kommentaren zu diesem Fiasko nicht lange suchen.

Z. B.: Die Bundesbank stellt fest, „daß es insbesondere durch die starke Nutzung spezieller steuerlicher Vergünstigungen und Gestaltungsmöglichkeiten zu einer Erosion der Steuerbasis ge-

kommen ist“. Konkret heißt das für unsere Stadt, daß einige große Betriebe entweder überhaupt keine oder stark reduzierte Gewerbesteuer zahlen. Hinzu kommt der Absturz der veranlagten Einkommensteuer. Hierbei handelt es sich um höhere Einkommensbezieher, die durch „legale Gestaltungsmöglichkeiten“ ihre Steuerschuld „auf Null drücken“. „Leistung muß sich lohnen“ - ob damit die Leistung von Steuerberatern gemeint ist?

Seit 1992 ist die veranlagte Einkommensteuer von 41,5 Mrd. DM auf 5,8 Mrd. DM gesunken. Trotz stark gestiegener Unternehmensgewinne - seit 1992 um mindestens 60% - ist die Steuerzahlung durch Bundesgesetze drastisch gesenkt worden. Verstärkt wurde dieser Trend durch den Wegfall der Gewerkekapitalsteuer, Rückgang der Körperschaftsteuer auf das Niveau der 80er Jahre. Als weiterer Punkt muß die Flucht von Gewinnen in „Steueroasen“ genannt werden. Ein vielfältiges Instrumentarium ist die steuersparende Gestaltung mit innerbetrieblichen Verrechnungspreisen.

Die angespannte Haushaltslage der Stadt, die Verarmung der öffentlichen Hand, wird weitergehen. Auch die Bundestagswahl wird - wenn überhaupt - keine schnelle Abhilfe schaffen. Ein Konjunkturprogramm zur Beschäftigungssicherung durch Inlandsnachfrage wäre nötig. Doch womit bezahlen? Verschlankung der Verwaltung, Reduzierung im sozialen Bereich, Schließung öffentl. Einrichtungen - von vie-

len propagiert - sind kein Ausweg. Mehreinnahmen durch höhere „kostendeckende Gebühren und Beiträge“ ebenfalls nicht.

Es ist also höchste Zeit, für eine andere Politik in diesem Land, denn Geld ist genug da. Es gilt, daß es sinnvoll und sozial eingesetzt wird. Die Massenkaukraft ist zu stärken (die Lohnabschlüsse dieses Jahr waren verantwortungslos niedrig). Lag die Brutto-lohnquote 1982 bei 72,5%, so ist sie heute bei 60% angelangt. Kein Wunder, daß die Gewinne wie auch die Aktienkurse von Rekord zu Rekord jagen. R. D.

Kurz notiert

„Hilfe zur Arbeit“

Harte Debatten gab es im Stadtparlament um das Thema „Kommunales Beschäftigungsprogramm“. Die DKP/OL forderte dabei die Fortsetzung des Projekts „Hilfe zur Arbeit“. Letztlich wurde ein Änderungsantrag der DKP/OL angenommen, nach dem auch in Zukunft „lokale Angebote für langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger entsprechend dem seitherigen Projekt „Hilfe zur Arbeit“ zu entwickeln“ sind. Für die CDU war das der Grund, die Vorlage abzulehnen und damit einmal mehr zu offenbaren, wo sie in der Sozialpolitik steht: Auf der Seite derer, für die Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger Drückeberger und Faulenzer sind, und Hilfsprogramme „Luxus“. Ein Grund mehr, die CDU nicht „dranzulassen“.

Pilz-Bunker

Lange wurde gegen das US-Depot im Oberwald gekämpft. Nun ist die US-Army seit ein paar Jahren ausgezogen und hat eine Bunkerlandschaft hinterlassen.

Wer dachte, das riesige Gelände würde den Spaziergängern freigegeben, täuschte sich. In den Bunkern werden jetzt Pilze gezüchtet. Dafür wird der ganze Zaun um das Depot offenbar als Sicherung benötigt. Das muß geändert werden!

Wochenzeitung der DKP

UZ

Probeexemplare bei der „blickpunkt“-Redaktion

DKP/OL-Initiative im Stadtparlament gegen Versammlungen der „Republikaner“ im Bürgerhaus Mörfelden

Auf der letzten Stadtverordneten-Sitzung lag ein Antrag der DKP/OL vor, der sich gegen die Bürgerhausbelegung durch die Neonazis wendet. Der Antrag wurde auf die nächste Stadtverordnetensitzung verschoben. In der DKP/OL-Initiative heißt es u.a.:

„Zum ersten Mal nach 1945 wollen Neonazis dieses Haus benutzen. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt diesen Vorgang, sie wird alles tun, damit die neuen Nazis in unserer Stadt keinen Boden gewinnen. Es ist nicht nur das Auftreten der Neonazis im Kreistag, es sind nicht nur ihre Aktionen und Ausfälle gegen Flüchtlinge und Asylbewerber, es ist ihre Gesamtpolitik, gegen die wir uns wenden und die den Boden bereitet für täglich neue rechte Gewalt in unserem Land. Wir wissen: Viele Flüchtlinge sind Opfer von Ausbeutung und fehlgeleiteter Entwicklungspolitik, viele fliehen vor wirtschaftlicher Not und neuer Armut. Man muß die Fluchtursachen bekämpfen und nicht die Flüchtlinge. Verschwinden muß der Hunger auf der Welt - nicht der Hungerige. Wir sagen: 1933 darf sich nicht wiederholen! Aber wir sehen auch: „... der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. Jahrelang reden Politiker von „Scheinasylanten“. Die Vorkommnisse in der Bundeswehr sind nicht vergessen. Die Ultra-Rechten treten bei

Wahlen an. Hier sind Sammelbecken für alte und neue Nazis.

Viele Menschen, vor allem Jugendliche, sind auch in unserer Stadt aktiv gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit. Aber immer wieder hört man auch: „die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“, immer noch wählen Leute die rechten Rattenfänger.

Die REPs wollen wieder ins Bürgerhaus! Wir wollen es gewaltfrei verhindern!

Mitglieder der „Aktion Toleranz“ und viele andere Bürger unserer Stadt unterzeichneten einen Aufruf mit folgendem Wortlaut:

„Am 28. April 1998 versuchten die Republikaner zum ersten Mal, in das Mörfelder Bürgerhaus einzuziehen. Spontan waren hunderte Menschen gekommen und verhinderten den ersten Anlauf der neuen Nazis. Zur gleichen Zeit, in der sich die Neonazis wieder breitmachen wollen, sind auf Einladung der Stadt Mörfelden-Walldorf ehemalige jüdische Mitbürger zu Gast. Welcher Geist würde mit den REPs in unser Bürgerhaus kommen? Lassen

In dieser Situation muß man sich bekennen. Vor allem die, die sich erinnern können, was gestern geschah, sollten Zivilcourage zeigen.

Wir wollen keine Entwicklung wie in Vitrolles. Wir meinen, man muß sich entschieden wehren und unterstützen außerparlamentarische Aktionen gegen die neuen Nazis!

Dazu gehört auch die Behinderung einer menschenverachtenden Politik, die Fremdenhaß und Rassismus propagiert.“

wir den Vorsitzenden der Republikaner im Kreistag, Uwe Skibba, zu Wort kommen: Auf einen kritischen Zwischenruf im Kreistag entgegnete er: „...mit solchen Leuten wissen wir umzuspringen, wenn es soweit ist“.

Diese Chance dürfen sie nicht bekommen! Wehret den Anfängen! Wenn der Widerstand zu spät einsetzt, wird es ein Ende mit Schrecken. Alles schon mal dagewesen...

Dabei läuft es heute wie vor 1933 nach bekanntem Muster: Massenarbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit führt zu Protestverhalten, das sich auch bei Wahlen niederschlägt.

Was tun?

Landrat Siehr sagte: „Die REPs haben sich als Neo-Nazis enttarnt, seit Montag wissen wir, was sich hinter der biedermeierlichen Maske der sogenannten Republikaner verbirgt: Es ist die Gesinnung der Nationalsozialisten, die Sprache des „Stürmers“ und das Gedankengut der Brandstifter.“

Wir sagen: Wenn die Republikaner am 26. Mai 1998 erneut versuchen, ins Bürgerhaus zu kommen, das in den 20er Jahren als Volkshaus von Antifaschisten erbaut wurde, dann sollten wir auch da sein.

Wenn Hunderte vor dem Bürgerhaus stehen, dann werden es die Republikaner schwer haben.“



Am 28. April 1998 versuchten erstmals Neofaschisten ins Mörfelder Bürgerhaus einzuziehen. Hunderte Bürgerinnen und Bürger stellten sich in den Weg und verhinderten den Einzug.

Man braucht sie

Man fragt sich manchmal schon, warum greift man nicht ein, wenn die Neonazis mit Springerstiefeln durchs Land ziehen, wenn immer mehr Gewalttaten zu verzeichnen sind. Und man denkt an SA-Einsätze vor 1933, wenn man die Ankündigung der REPs liest, „demnächst mit Unterstützung anderer Kreisverbände“ ins Bürgerhaus einzuziehen zu wollen. Gibt's da wirklich keine „rechtlichen“ Möglichkeiten zum Eingreifen?

Jetzt gibt es das große Erschrecken nach dem Ergebnis für die DVU in Magdeburg, und die ersten sprechen vom Verbot der DVU. Das braucht man nun wirklich nicht, man muß handeln. Freys DVU verdient fünf Millionen am Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt, fand man heraus. Der Verfassungsschutz zweifelt noch, ob die DVU eine Partei sei oder nicht. Dies ist jedoch leicht feststellbar: Sie ist keine, wie - auch die FAP keine war, weshalb sie von den Innenministern verboten wurde. Die DVU ist ein neonazistisches Wirtschaftsunternehmen des Herrn Frey. Wer bei der Firma Frey etwas bestellt, und sei es nur einen Prospekt, wird sofort als DVU-Mitglied eingeladen; wer sich erneut meldet, ist Mitglied. Es finden dann Kleinstversammlungen statt, wo nur eine Stimme gilt, die des Führers Frey.

Derartige undemokratische Führer-Strukturen sind nach dem Parteiengesetz verboten. Wenn man gegen die DVU und NPD nicht so vorgeht wie gegen die FAP, so ist dafür nur eine Erklärung denkbar: Sie werden noch gebraucht, auch von den Etablierten, die sich sagen: Wenn schon Protest, dann rechtsaußen, und wenn schon Gewalt, dann gegen Antifaschisten.



Was ist in Kuba so anders...?

...fragte einer der Besucher der Solidaritäts-Veranstaltung „Cuba Sí“, die von der „Linken Runde“ der DKP, organisiert worden war. Zu Gast waren Déborah Azcuy-Carrillo, Deutschland-Verantwortliche im Kubanischen Institut für Völkerfreundschaft in Havanna und Barbara Muñoz, Vorstandsmitglied des Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V., das gegründet wurde mit dem Ziel, die Verbreitung von Informationen aus und über Kuba zu erleichtern.

„Das läßt sich aus der Geschichte heraus ganz einfach erklären“, sagt Déborah Azcuy. Nachdem die Insel bis ins letzte Jahrhundert von Spanien beherrscht und später von den USA praktisch als ihr „natürliches Eigentum“ betrachtet wurde, haben die Kubaner 1959 ihr Schicksal selbst in die Hand genommen. Bis dahin war Kuba das Bordell der reichen US-Amerikaner, die Bevölkerung eine der ärmsten in Lateinamerika, eine brutale von den Vereinigten Staaten gestützte Diktatur. Nach dem Sieg der Revolution zogen hunderttausende von Freiwilligen in die entlegensten Winkel des Landes, um allen Menschen das Lesen und Schreiben beizubringen. Der Großgrundbesitz wurde abgeschafft und eine Agrarreform durchgeführt. Es wurde ein kostenloses Bildungs- und Gesundheitswesen aufgebaut, das bis heute, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation, für alle gilt. Die USA griffen die Insel weiterhin an, indem sie mit Brandbomben die Ernten zerstörten und Söldnergruppen Anschläge auf Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser verübten. 1961 scheiterte eine Invasion der USA am kubanischen Widerstand, ein Jahr später wurde eine totale Wirtschaftsblockade über Kuba verhängt. Somit blieben Kuba nur die sozialistischen Staaten als Handelspartner. Deren Wegfall im Jahre 1989 und die

Verschärfung der Blockade in den Jahren 1992 und 1996 führten zu einer schweren Wirtschaftskrise, von der sich Kuba langsam erholt. „Wir gehen unseren eigenen Weg“, sagt Déborah, „und trotz aller Probleme haben wir es geschafft, die Situation zu verbessern, ohne uns dem Neoliberalismus zu unterwerfen, der auf der ganzen Welt die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht“. „Wißt Ihr“, sagt die 29jährige Kubanerin, „in Eurer Welt mißt man immer alles am Geld und am Konsum. Ich werde oft gefragt, warum ich denn nicht hierbleiben will, aber unsere Lebensfreude, die Solidarität untereinander, sind Werte, die man nicht kaufen kann!“

Wir denken, daß unsere Solidarität mit Kuba wichtig ist und bleibt, wobei es nicht darum geht, ob man an den Sozialismus glaubt oder nicht, sondern erkennt, daß diese brutale und unmenschliche Blockade darauf abzielt, die Menschen „auszuhungern“ und Unzufriedenheit zu schüren, während man gleichzeitig durch gezielte Desinformation die kubanische Regierung für diese Situation verantwortlich macht. Das ist so, wie wenn man jemanden stranguliert und gleichzeitig dafür kritisiert, daß er nicht atmet!

In keinem anderen Land der sogenannten Dritten Welt genießen Kinder, Alte und Kranke einen solchen Schutz. Und trotz der schwierigen Versorgungslage wurden in kaum einem Land die Menschenrechte auf Arbeit, Wohnraum, Gesundheit, Bildung und ein würdiges Leben derart verwirklicht, was leider in den Medien meist verschwiegen wird. Auch, daß noch heute mehr freiwillige kubanische Ärzte in der Dritten Welt arbeiten, als die gesamte Weltgesundheitsorganisation zu bieten hat. Über 20.000 (!) Kinder aus Tschernobyl wurden und werden noch heute völlig kostenlos, zum Teil über Jahre, in Kuba behandelt und noch viele Beispiele für die Ethik der kubanischen Revolution könnte man anfügen. Aber nun braucht Kuba unsere Unterstützung und wir freuen uns nicht nur über die 150,- Mark die gespendet wurden, sondern vor allem über das Interesse vieler Menschen, sich weiter zu informieren und auch in Mörfelden-Walldorf für Kuba einzusetzen.

Informationen und Hinweise auf weitere Veranstaltungen bei Barbara Muñoz, Querstraße 15, Tel. 923870.

Stadtgeschichten



Der 1. Mai 1926 wurde auch in Walldorf - gemäß einer langen Arbeitertradition - mit roten Fahnen, begangen. An der Demonstration bzw. am Mai-Umzug beteiligten sich neben den beiden Arbeiterparteien SPD und KPD, auch der „Freie Turn- und Sportverein“, die „Naturfreunde“ und der Arbeitergesangverein „Vorwärts“.



Unser Bild zeigt mit Blick in die Langstraße / Ecke Farmstraße die Gruppe der „Freien Turner“ mit ihren beiden Fahnenführern Wilhelm Jourdan (links) und Jakob Zwilling (rechts). Rechts neben J. Zwilling sehen wir den bekannten Übungsleiter und Vereinsfunktionär Adolf Klein und links daneben Philipp Best. Obwohl, nach der Kleidung der übrigen abgebildeten Personen zu urteilen, kein besonders warmer Tag war, marschierten die „Freien Turner“ mit freiem Oberkörper und zum Teil sogar barfuß.

Gegenüber heute hat sich das Straßenbild an dieser Stelle stark verändert. Das Gasthaus „Zur Krone“ ganz links und die rechts daneben befindliche Wirtschaft und Bäckerei (Bahnbackern) wurden zu Beginn der siebziger bzw. achtziger Jahre abgerissen. Das Haus rechts im Vordergrund (Nr. 6 der damaligen Frankfurter Straße) ist durch Umbau nicht wiederzuerkennen. Die Straßen waren noch nicht befestigt, sodaß sich die Spuren der Radfahrer und die Fahrrinnen der Fuhrwerke abzeichneten.

Am 5. Mai war der 180. Geburtstag von Karl Marx

„Prost Karl“

„Alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ - dieser Anspruch hätte gereicht, um seinen Geburtstag zu feiern. Wir haben noch mehr Gründe: Marx' radikale, an die Wurzeln gehende Analyse und Kritik des Kapitalismus, seine dialektische Methode, seine Praxis, die Welt nicht nur neu zu interpretieren, sondern zu verändern. Bitteren Spott hat Karl Marx ausgegossen über Beliebigkeiten in der Politik und Anpassungen an den Zeitgeist, den übernehmen wir. Eine Alternative sehen wir in einem Sozialismus, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.



Unser Lexikon



**Latwejedibbe
Pflaumenmustopf**